Fraktionsvorstände und Mitglieder von Auswärtigem, Europa-, Justiz-, Menschenrechts-, Familien- und Petitionsausschuß Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin mail@bundestag.de

Sehr geehrte Volksvertreter im Bundestag,

aus Illegalität Legalität zu machen - das ist seit Jahren DAS Leitmotiv von Bundesregierung und Großer Koalition, von dem Land und Bürger massiv geschädigt werden!

Und schon wieder sollen die Deutschen so überrumpelt werden wie durch die illegale Grenzöffnung und Masseneinwanderung seit 2015: mit dem konspirativ angestoßenen und ausgehandelten Globalen Migrationspakt.

Die Bundesregierung hat ihn heimlich initiiert und vorangetrieben:

--> https://www.welt.de/politik/deutschland/article184423390/Migration-Deutschland-hat-die-Ausgestaltung-der-beiden-Pakte-aktiv-mitgestaltet.html

Im Hintergrund steht unter etlichen anderen die düstere Personalie des Götz Schmidt-Bremme, ab 2013 Konsularchef und Migrationsbeauftragter des Auswärtigen Amtes und ab 2017 Botschafter in Marokko. Von seiner Residenz in Rabat nach Marrakesch, dem Unterzeichnungsort des Globalen Migrationspaktes, ist es schießlich nur ein kurzer Weg ... Vorbereitet ist der Pakt durch Schmidt-Bremmes byzantinisches Wirken im Global Forum on Migration and Development (GFMD - s. Anlage).

Es lohnt sich, den öffentlichen **Schmidt-Bremme-Auftritt bei "Brot für die Welt"** und anderen Vertretern der Asyl- und Einwanderungsindustrie von 2016 (s.a. Anlagen) zu verfolgen, um Manipulations- und Propagandamechanismen der Regierenden in Migrationsfragen besser zu verstehen:

--> https://youtu.be/htYQakavPhM

Als Zeichen der Unterstützung für die laufende Masseneinwanderungspolitik bittet Schmidt-Bremme um **Gebete für Merkel und Steinmeier.** Für die zahlreichen Opfer der von seiner Organisation mitgetragenen Grenzöffnung - ermordete, verletzte, vergewaltigte Mitbürgerinnnen und Mitbürger - reicht sein Mitgefühl offensichtlich nicht aus ...

+++

Schmidt-Bremmes Amtshandlungen haben jedoch nicht nur illegale Einwanderer aus aller Welt angelockt, sondern auch denjenigen Mütter und Vätern größte Handlungssicherheit gegeben, die ohne Zustimmung des jeweils anderen Elternteils ihre Kinder illegal ins Ausland verbringen, also entführen.

Seine Organisation hat an der systematischen Ausschaltung des Haager Kindesentführungs-Übereinkommens (HKÜ) mitgewirkt: fest an der Seite der vertragsbrüchigen Kindesentführerstaaten und in absoluter Feindschaft zu den hilfesuchenden deutschen Bürgern - mit den Mitteln des Lügens, Täuschens, Fälschens, Blockierens, Zensierens, Konspirierens ---

Selbst Vater des in die Ukraine entführten Emil Jung (6 Jahre) und seines nachgeborenen Bruders Elias Jelisej (4 Jahre), habe ich fünf Jahre lang die totale Hilfs- und Kommunikationsverweigerung des Auswärtigen Bonzenamtes und der dortigen Schmidt-Bremme-Organisation durchlitten. Was ich dort vorfand: nichts als Arroganz, Gleichgültigkeit, Zynismus, abgrundtiefe Verlogenheit und hochgezogene Mauern ... Genauso ergeht es auch all den anderen mir bekannten HKÜ-Eltern, die ihre Kinder nach Marokko (sic!), Tunesien, Libanon, Polen, in die Slowakei und in die Ukraine verloren haben.

Über den HKÜ-Boykott der Ukraine und die schweren Grundrechtsverletzungen im Falle meiner Kinder ist das Auswärtige Amt (nebst anderen Regierungsstellen und dem Bundestag) seit 2013 genauestens informiert (s.a. Anlage):

--> https://c.gmx.net/@327747431087211465/65I1g4j0R4WRuymmTS9nNw

Emil und Elias sind von ihrer paranoiden Mutter nach Kiew verschleppt und total isoliert: **kein Kindergarten, keine Schule, trotz großen Entwicklungsrückstandes keinerlei Gesundheitsversorgung.** Seit Jahren sind die Kinder und ich durch **institutionelle Gewalt und Willkür** voneinander getrennt. Die **Ukraine** betreibt solche Verbrechen gewohnheitsmäßig von Amts wegen, weil sie sich bis heute weder von ihrer **sowjetischen Familienideologie** noch von der **totalen Korruption und Gesetzlosigkeit** ihres gesamten

Staatsapparates gelöst hat. Europa-Bekenntnisse und international verbindliche Grundrechte und Verträge dienen dort als reine Dekoration im Rahmen eines Geschäftsmodells - mit freundlichem Abnicken von Merkel auf dem Schoß ihres Präsidenten-Freundes Poroschenko.

+ + + +

Die Bundesregierung leistet mit ihrer **rigorisen Kindespreisgabe-Politik** passive und aktive **Beihilfe zur Vollendung schwerer Straftaten gegen deutsche Bürger** und verstößt gegen die grundgesetzliche Pflicht zum Schutz der Familie.

Neben dem Globalen Migrationspakt von Marrakesch besteht schon lange ein **zweiter Globaler Migrationspakt - ebenfalls in Geheimdiplomatie** praktiziert. Er ist geschlossen mit den notorischen **Kindesentführerstaaten** dieser Welt, die das HKÜ und weitere internationale Kindesschutzabkommen boykottieren, indem sie

- entführte Kinder um keinen Preis zurückgeben,
- bestehendes Sorgerecht des zurückgelassenen Elternteils zerstören,
- das Kindeswohl mit Füßen treten.

In diesem zweiten Migrationspakt sichert Merkel-Deutschland seinen Vertragspartnern zu:

1. <u>'Behaltet die entführten Kinder ein - wir bestehen nicht auf ihrer völkerrechtskonformen Rückkehr!'</u>

- 2. 'Wir werden unsere Bürger nicht über eure Rechtsverletzungspraxis informieren und sie in keiner Weise unterstützen, wenn sie ihre entführten Kinder zurückfordern.'
- 3. 'Das Schicksal unserer Bürger ist uns völlig gleichgültig. Macht mit ihnen, was ihr wollt. Ihr dürft sie entrechten, erniedrigen und mattsetzen wir werden auf keinen Fall eingreifen!'
- 4. 'Das Kindeswohl interessiert uns genausowenig wie euch !'
- 5. 'Wenn die entführten Kinder auf eurem Territorium verschwinden, werden wir nicht nach ihrem Verbleib forschen.'
- 6. 'Wir werden alles tun, damit weder unsere eigene noch die Weltöffentlichkeit von euren Vertragsbrüchen und Grundrechtsverletzungen erfahren. Anklagen und Sanktionen gegen euch sind ausgeschlossen.'
- 7. 'Auch totale Korruption, Willkür und Gesetzlosigkeit bei euch sind für uns kein Hindernis, unseren Bürgern rechtsstaatliche HKÜ-Rückführungsverfahren vorzugaukeln. Dafür werden wir auch **Personendaten geheimhalten**, **die gemeinsame Positionierung unserer betroffenen Bürgern bestmöglich unterbinden**, **Berichte fälschen und Fallakten zensieren**.'
- 8. 'Genauso wie ihr spielen wir auf Zeit und setzen auf die Erschöpfung unserer Bürger, bis sie freiwillig von der Rückführung ihrer Kinder Abstand nehmen.'
- 9. 'Insbesondere werden wir unseren Bürgern jegliche finanzielle Hilfe für ihren Kampf gegen eure Kindesentführungspolitik vorenthalten. Eher noch geben wir Sozialhilfe an somalische Piraten, die wir nicht abschieben können (oder wollen).'
- --> https://www.bild.de/news/inland/piraterie/nicht-mal-piraten-schieben-wir-ab-56565452.bild.html

++++

Beseitigt sind die Barrieren für den Massenzuzug von jungen Männern aus Afrika und dem Orient. Hochgezogen und massiv verstärkt sind hingegen die Barrieren für die rechtmäßige Heimkehr ins Ausland entführter Kinder.

Die moralisch verwahrloste Merkel-Regierung betreibt mit riesigem Aufwand das Zustandekommen eines (vermeintlich) nicht-bindenden Globalen Migrationspaktes - rührt aber keinen Finger für die Geltendmachung des absolut verbindlichen HKÜ, das in Völkerrechtsrang steht.

Für diese verwerfliche Politik steht auch die Personalie Schmidt-Bremme. Mit ihr werden deutsche HKÜ-Eltern hintergangen und planvoll Willkür und Entrechtung in den Kindesentführerstaaten ausgesetzt.

Emil und Elias sind somit gleich drei Mal entführt worden: von ihrer Mutter, vom Mafia- und Banditenstaat Ukraine - und von Merkel-Deutschland, das das schwere Unrecht stillschweigend gebilligt hat und mit infamer Lügenpropaganda zu verschleiern versucht.

Man ahnt die **ideologische Agenda**, die dahintersteckt - und die skrupel- und gewissenlose Bonzen vom Typ Schmidt-Bremme hinter den Kulissen vorantreiben. Alte Strippenzieher, neue Machenschaften ... Diese Verbrecher und **Verräter müssen gestoppt werden** - und mit ihnen die Merkel-Politik der Masseneinwanderung und Kindespreisgabe, als zwei besonders finsteren Seiten der weltweiten illegalen Migration !!!

++++

Ohne den korrupten Karrieristen Schmidt-Bremme und seine Auftraggeber und Komplizen könnten jetzt

Tausende heimgeholter Kinder mit ihren Eltern auf deutschen Weihnachtsmärkten flanieren, staunen, spielen. Für dieses Mehr an Kindern gäbe es aus gleichem Grund keine schwerbewaffneten Polizisten, Absperrungen, Merkel-Poller und Panzerfahrzeuge, und die Menschen könnten sich eines so friedlichen Zusammensein erfreuen, wie es auf polnischen, tschechischen und ungarischen Weihnachtsmärkten üblich ist

Da Merkel-Deutschland statt seiner Grenzen Innenstädte schützen muß, haben wir immer öfter **Weihnachten** wie im Kriegsgebiet:

--> https://www.youtube.com/watch?v=scArFwIESRQ

Auch in diesem Jahr werden wieder Tausende deutscher Bürger ohne ihre Kinder, Enkel, Neffen und Nichten in Trauer, Schmerz und Sorge Weihnachten und Neujahr verbringen, weil diese irgendwo im Ausland zurückgehalten, isoliert oder ganz verschwunden sind.

Bürgerliche Werte sind von der herrschenden Merkel-Steinmeier-Maas-Klasse vielfach verraten worden - und Famlienwerte erst recht ---

Deutschland braucht endlich wieder eine Regierung der Legalität, Legitimität und Loyalität - für und nicht gegen das Volk !!!

Sehr geehrte Damen und Herren Volksvertreter, nehmen Sie sich des Themas an - und unterstützen Sie uns HKÜ-Eltern, die von der gegenwärtigen Bundesregierung verraten und verkauft sind!

In großer Sorge um Emil und Elias Anatol Jung

****** Aus: www.nicht-ohne-meinen-sohn.de

17.06.2016

Passive Aggressivität - Toxisches aus dem Auswärtigen Amt



Ich habe viel Verständnis für Ihre Situation und finde es selbstverständlich, dass Sie die weitere Entwicklung Ihres Kindes aufmerksam verfolgen. Wenn Ihnen dabei Dinge auffallen, die Ihnen Sorge bereiten und die sich nicht im direkten Kontakt mit der Mutter Ihres Kindes klären lassen, sind die zuständigen ukrainischen Behörden der richtige Ansprechpartner. Ein unmittelbares Eingreifen durch deutsche Stellen ist außerhalb Deutschlands nicht möglich.

Konsularchef Schmidt-Bremme - operativ verantwortlich für die Kindespreisgabe-Politik der Bundesregierung Aufgrund der Berichte zu Emils schlechter gesundheitlicher und sozialer Lage sieht sich das deutsche Auswärtige Amt doch noch zu einer Stellungnahme veranlaßt: Konsularchef Schmidt-Bremme verweist

Anatol **zuständigkeitshalber an die ukrainischen Behörden** - also genau an die Stellen, die seit Jahren **mit institutioneller Gewalt Vater und Kind voneinander trennen**. Die amtliche Mitteilung schließt mit "den besten Wünschen für Ihren Sohn". Noch mehr Kaltschnäuzigkeit, **Zynismus und Bürgerverachtung** sind schwer vorstellbar.

Was schon wieder von Amtsseite ausgeblendet wird:

- die absolute Eilbedürftigkeit der Sache,
- die fundamentalen ukrainischen Rechtsverletzungen,
- Zuständigkeit und Schutzpflichten des deutschen Staates für seine Bürger und Einwohner.
 Lehrbuchhaft offenbart sich im Funktionärsverhalten ein destruktives Muster, das die Psychologie als "passivaggressives Syndrom" bezeichnet:
- Abwehrhaltung gegenüber Anstößen und Leistungsanforderungen von außen,
- Arbeitsverweigerung oder absichtlich langsame und schlechte Arbeit,
- Widerspruch zwischen Unterstützung durch Worte und Behinderung durch (Nicht-)Taten,
- große Energie und Entschlossenheit, mit der die Verweigerungshaltung nach außen verschleiert und ohne Rücksicht auf Verluste durchgehalten wird,
- bewußte Schädigung von Mitmenschen oder deren Inkaufnahme,
- gezielte Manipulation und Irreführung des Umfeldes. Es stellt sich die drängende Frage: Wie kaputt muß der kleine Junge in seiner ukrainischen Gefangenschaft gehen, bevor die deutschen Behörden umsteuern und ihre schmutzige Politik des Preisgebens und Auslieferns beenden ??

14.06.2017

Selbstbedienung statt Dienst am Bürger



Steinmeier und Steinlein - Neue Herren im Bundespräsidialamt

Beispielloser Eklat in Deutschlands Bundespräsidialamt: Der Personalrat tritt zurück, nachdem der neue Präsident Steinmeier und sein Amtsleiter Steinlein im Handstreich - ohne Ausschreibung und gegen die Mibestimmungsregeln - zahlreiche hochdotierte Amtsposten mit ihren Gefolgsleuten und Parteigenossen besetzt haben.

Beide haben zuvor jahrelang an der Spitze des Auswärtigen Amtes gestanden und **personifizieren die HKÜ-Verleugnung und Kindespreisgabe-Politik**, die dort herrschen. Auf zahlreiche Eingaben und Petitionen

haben sie niemals reagiert - weder in Emils noch in den anderen Entführungsfällen.

Selbstversorgung, **Vetternwirtschaft und selbstherrliche Machtausübung** stehen in der Welt dieser entrückten Funktionäre an weitaus höherer Stelle als der ehrliche Dienst am Bürger, dem zahlenden Kunden. Der (absehbar folgenlose) Vorgang zeigt: Der deutsche Staat sinkt schrittweise auf **Dritte-Welt-Niveau** ab gekapert von selbstsüchtigen, rechtsvergessenen Partei- und Karrierebonzen, die den **Bezug zum Volk**, **seinen Grundwerten und seinem Schutzbedürfnis verloren** haben.

17.08.2017

Ein Tropfen Wahrheit im Meer der Lügen



Berliner Büro Platz der Republik 1 11011 Berlin Büro: Jakob-Kaiser-Haus Raum: 1331 Telefon: +49 30 227-75229 Fax: +49 30 227-70227 inhannes fechner@hundestag. Berlin teilten mit, dass die Sachlage äußerst schwierig ist. Die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden gestaltet sich äußerst schwierig. Die Rechtslage ist dabei wie von Ihnen geschildert klar und deutsche Staatsbürger wie der von Ihnen vertretene Vater haben wie von Ihnen beschrieben die familienrechtlichen Ansprüche. Die Umsetzung ist jedoch leider äußerst schwierig. Ich werde in dieser Thematik am Ball bleiben,

Auf anwaltliche Anfrage hin stellt der **Justizausschuß des Deutschen Bundestages** in einem Zwischenbescheid fest, daß die andauernde, staatlich geförderte Zwangstrennung von Emil und Anatol nicht rechtmäßig sei.

Konkret:

- Die Rechtslage ist eindeutig. Es bestehen klare familienrechtliche Ansprüche.
- Die Umsetzung der Rechtsansprüche und die Zusammenarbeit mit der Ukraine sind jedoch "äußerst schwierig".

Auf deutscher Seite ist dies die **erste offizielle Anerkennung der schweren Grundrechtsverletzungen** in der Ukraine. Sie gibt auch einen - in Politikerkreisen seltenen - ehrlichen Hinweis auf die dortigen katastrophalen Rechtsverhältnisse.

In scharfem Kontrast hierzu hält das **Auswärtige Amt** an seiner **Politik der Desinformation und Hilfsverweigerung** fest. Eine Anfrage der Bürgermeisterin von Emils Heimatgemeinde Haar, Müller, an ihren Parteifreund **Außenminister Gabriel**, wird mit den üblichen Leerfloskeln, Ausflüchten und Lügen beantwortet - und unter **Vortäuschung rechtsstaatlicher Verhältnisse**, ordentlicher Gerichtsbarkeit und konformer HKÜ-Verfahren in der Ukraine. Bei den deutschen HKÜ-Eltern ist das zuständige **Referat 507 für internationales Recht unter Leiterin Pfaff** seit Jahren berüchtigt: als **Propaganda-, Blockade- und Abwehrformation** des Ministeriums gegen alle Eingaben und Hilfsgesuche.

+++

Emils Fall markiert perfekt die **Kampftaktik** des Auswärtigen Amtes - gerichtet **gegen die deutschen HKÜ-Eltern** statt gegen die Kindesentführerstaaten.

- Vor dem Verfahren trotz wohlbekannten HKÜ-Boykotts im Zielland: 'Sie müssen durchs HKÜ gehen!'
- Während des Verfahrens trotz schweren Bruchs aller gerichtlichen und administrativen Regeln: 'Wir können nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen.'
- Nach dem Verfahren trotz massiver Manipulation und Rechtsbeugung bei Gericht: 'Der Fall ist rechtskräftig abgeschlossen.'

Kein Schutz für die entrechteten Bürger und ihre bedrohten Kinder - zu keiner Zeit!

Ein Nachwuchsdiplomat von Anstand hat Anatol im Berliner Privatgespräch schon 2015 gewarnt: "Das ist ein ganz mieser Laden hier! Die werden keinen Finger für dich rühren - außer du bringst die Medien auf deine Seite."

Dateianhänge

- EJ_Bedrohtes Kindeswohl Medizinische Berichte & AA-Korrespondenzen (Schmidt-Bremme & Steinlein)_07-2016.pdf
- EJ_Schmidt-Bremme bei 'Brot für die Welt' Auswärtiges Amt als treibende Kraft des Globalen Migrationspaktes_2016 ff.jpg
- EJ_Schmidt-Bremme Lebenslauf & Tätigkeit im Global Forum on Migration and Development (GMFD)_2018.pdf
 EJ_Zukunft der EU-Migrationspolitik & Schmidt-Bremmes 'Gebete für Merkel und Steinmeier' (Brot für die Welt 02-2016).pdf
- EJ-NOMS_Rückführungsverfahren Ukrainische HKÜ-Verstöße (mit Vertragstext)_V1.3_D_06-2017.pdf
- Globaler Migrationspakt Treiberin Merkels Werk (European 11-2018).pdf